

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofs für das Jahr 1998

A. Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer und Feststellungen gemäß § 47 KStG.
2. Vergütungen von Körperschaftsteuer gemäß §§ 36b bis 36e EStG sowie Verwaltungsakte, zu denen Fragen der § 20 Abs. 1 Nr. 3/§ 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG, § 5 Abs. 3/§ 12 UmwStG 1977, § 4 Abs. 5/§ 10 UmwStG 1995 streitig sind.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer) und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a und b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) die Anwendung des Sechsten Teils des UmwStG 1977 (§§ 20 bis 23), des Achten Teils (§§ 20 bis 23), des Zehnten Teils (§ 25) und des Elften Teils (§ 26 Abs. 2) des UmwStG 1995,
 - b) die Anwendung des DMBilG,
 - c) den Verlustabzug für ausländische Einkünfte nach § 2a Abs. 3 und 4 EStG, § 2 AIG,
 - d) die beschränkte Steuerpflicht (einschließlich Fälle des § 1 Abs. 3 EStG), das Außensteuergesetz, die §§ 34c, 34d EStG und/oder die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen,
 - e) Tarifvorschrift gemäß § 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG, auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummern 1, 2 und 3 Buchstabe a bis d.
5. § 9 Nr. 7 und § 12 Abs. 3 Nr. 4 GewStG.
6. Einheitliche und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 5 AO 1977.
7. Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer und Zinsabschlagsteuer) und Erstattung der Kapitalertragsteuer gemäß §§ 44b und 44c EStG.
8. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a EStG.
9. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gemäß § 18 AStG.
10. Kapitalverkehrsteuern.
11. Kirchensteuer mit Ausnahme der Haftungsfälle, für die der VII. Senat zuständig ist.
12. Allgemeines Abgabenrecht, soweit eine Steuerstreitigkeit
 - a) die Auskunftserteilung nach Maßgabe eines Rechtshilfe-, Amtshilfe- oder Doppelbesteuerungsabkommens, des § 117 AO 1977 und/oder des EG-Amtshilfe-Gesetzes oder
 - b) die Weitergabe von Informationen an ausländische Behörden oder Gerichte oder deren Unterlassung betrifft.

II. Senat

1. Einheitsbewertung.
2. Feststellung von Grundbesitzwerten.
3. Gesonderte Feststellung des Wertes der in § 11 Abs. 2 BewG bezeichneten Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften.
4. Erbschaft- und Schenkungsteuer.
5. Grunderwerbsteuer.
6. Vermögensteuer.
7. Gesonderte und einheitliche Feststellungen nach § 180 Abs. 1 Nr. 3 AO 1977.
8. Grundsteuer.
9. Rennwett- und Lotteriesteuer.
10. Versicherungsteuer.
11. Feuerschutzsteuer.
12. Wechselsteuer.
13. Spielbankabgabe.
14. Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern.
15. Lastenausgleichsabgaben.

III. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, Abs. 2 AO 1977, betreffend die Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben S (ohne Sch), T bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchstabe b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchstabe a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.
2. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend außergewöhnliche Belastungen, wenn nur diese streitig sind.
3. Arbeitnehmervergünstigungen nach dem BerlinFG.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummer 1.
5. Investitionszulagen.
6. Beförderungsteuer und Straßengüterverkehrssteuer.

IV. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen mit dem Anfangsbuchstaben A bis M.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis J,
 - b) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder gewerblicher Tierhaltung für alle Personengesellschaften,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit für die Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A bis M.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben A bis M, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.
5. Gesonderte Teilwertfeststellung gemäß § 55 Abs. 5 EStG in Verbindung mit § 179 Abs. 1 und 2 AO 1977.

V. Senat

Umsatzsteuer mit Ausnahme der Nummern 1 Buchstabe a, 3 Buchstabe b und 5 beim VII. Senat und der Nummer 5 beim XI. Senat.

VI. Senat

1. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, mit Ausnahme der Nummer 3 beim I. Senat, der Streitsachen, für die der IX. Senat zuständig ist, der Nummer 3 beim X. Senat und der Nummer 1 Buchstabe c beim XI. Senat.
 - b) Sonderausgaben gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG,
 - c) Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, soweit ausschließlich die Anwendbarkeit des § 46 EStG streitig ist,
 - d) §§ 31, 32, 32a, 62 bis 78 EStG.
2. Lohnsteuer, mit Ausnahme der Nummer 3 Buchstabe b beim VII. Senat.
3. Gesonderte Feststellung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.
4. Bergmannsprämien.
5. Vermögenswirksame Leistungen und Steuerermäßigungen nach den Vermögensbildungsgesetzen.

VII. Senat

1. Zölle und Verbrauchsteuern (§ 10 Abs. 2 Satz 2 FGO) sowie Marktordnungssachen
 - a) Zölle, andere Einfuhr- und Ausfuhrabgaben (Art. 4 Nr. 10 und 11 des Zollkodex) einschließlich der im

Zusammenhang mit der Einfuhr anfallenden Einfuhrumsatzsteuer und besonderen Verbrauchsteuern, Zolltarif,

- b) bundesgesetzlich geregelte Verbrauchsteuern (Artikel 108 Abs. 1 GG), soweit nicht unter die vorherige Regelung fallend, sowie Finanzmonopole,
 - c) Marktordnungssachen (§ 34 MOG).
2. Angelegenheiten nach dem Steuerberatungsgesetz (§ 33 Abs. 1 Nr. 3 FGO).
 3. Streitigkeiten aus dem allgemeinen Abgabenrecht und Prozeßrecht betreffend
 - a) Steuergeheimnis, wenn nur diese Frage streitig und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 12 der Zuständigkeit des I. Senats),
 - b) Haftung für Kirchensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer, wenn diese nicht auf dem Einzelsteuergesetz beruhen und Grund oder Höhe der Steuer nicht streitig ist,
 - c) Aufrechnung, Abtretung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis und Abrechnungsbescheide, wenn nicht zugleich die Steuerfestsetzung streitig ist und nicht der I. Senat zuständig ist (Nummer 2 der Zuständigkeit des I. Senats),
 - d) Verwaltungsakte wegen Zwangsmitteln (§ 328 AO 1977),
 - e) Vollstreckung einschließlich der Zwangsvollstreckung nach der ZPO, ohne Arrestanordnung und Arrestvollziehung, ferner ausgenommen die Aufteilung von Gesamtschulden,
 - f) Kostenansatz und Kostenfestsetzung für gerichtliche Verfahren, soweit nicht nur die Wertberechnung streitig ist, mit Ausnahme der Nichterhebung von Kosten gemäß § 8 GKG,
 - g) landesrechtlich geregelte Kosten.
 4. Kraftfahrzeugsteuer.
 5. Umsatzsteuer, wenn lediglich streitig ist, welcher Nummer des Zolltarifs ein Gegenstand zuzuordnen ist.
 6. Streitigkeiten, die im Geschäftsverteilungsplan nicht geregelt sind.

VIII. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen nach § 17 EStG und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, Abs. 2 AO 1977,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - c) Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns.
2. Gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, Abs. 2 AO 1977, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben K bis Z, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 2 Buchstabe b der Zuständigkeit des IV. Senats) zuständig ist,
 - b) Einkünfte aus Kapitalvermögen.
3. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummer 2 Buchstabe a.

IX. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, mit Ausnahme der Streitsachen, in denen ausschließlich die Anwendbarkeit des § 39a EStG streitig ist) einschließlich der Übergangsregelungen in § 52 Abs. 21 EStG und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - b) den Vorkostenabzug gemäß § 10i EStG (auch im Lohnsteuerermäßigungsverfahren, mit Ausnahme der Streitsachen, in denen ausschließlich die Anwendbarkeit des § 39a EStG streitig ist).
2. Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz.

X. Senat

1. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben A bis K, soweit nicht der IV. Senat (Nr. 1 Buchstabe b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchstabe a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist.

2. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a, Abs. 2 AO 1977, betreffend sonstige Einkünfte.
3. Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer), betreffend
 - a) Sonderausgaben gemäß §§ 10, 10b, 10c EStG, mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur § 10 Abs. 1 Nr. 7 oder nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen,
 - b) Abzugsbeträge wie Sonderausgaben (einschließlich gesonderter Feststellungen) gemäß §§ 10e bis 10h EStG, § 7 FördG,
 - c) Steuerermäßigung gemäß §§ 34f, 34g EStG mit Ausnahme von Streitigkeiten, die nur Tarifvorschriften der §§ 32 bis 32b EStG betreffen.
4. Steuerermäßigung gemäß §§ 16, 17 BerlinFG, wenn nur diese streitig ist.
5. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummer 1.
6. Wohnungsbau-Prämien.
7. Spar-Prämien.

XI. Senat

1. Einkommensteuer, betreffend
 - a) Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen und gesonderte Feststellung dieser Einkünfte gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, Abs. 2 AO 1977 für Personen mit den Anfangsbuchstaben L bis R und Sch, soweit nicht der IV. Senat (Nummer 1 Buchstabe b der Zuständigkeit des IV. Senats) oder der VIII. Senat (Nummer 1 Buchstabe a der Zuständigkeit des VIII. Senats) zuständig ist,
 - b) Verlustabzug, wenn Fragen des § 10d EStG streitig sind,
 - c) Abfindungen wegen Auflösung des Dienstverhältnisses (§ 3 Nr. 9 EStG) und Entschädigungen im Sinne des § 24 Nr. 1 EStG bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (einschließlich Lohnsteuer), auch soweit daneben noch andere Fragen streitig sind, mit Ausnahme der Zuständigkeit des I. Senats nach Nummer 3.
2. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit Einkünften im Sinne der Nummer 1 Buchstabe a.
3. Einkommensteuer und gesonderte Feststellung gemäß § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a und b, Abs. 2 AO 1977, betreffend Einkünfte aus selbständiger Arbeit natürlicher Personen und von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N bis Z.
4. Gewerbesteuer von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben N bis Z, bei denen die Abgrenzung zwischen Einkünften aus selbständiger Arbeit und Einkünften aus Gewerbebetrieb streitig ist.
5. Umsatzsteuer, mit Ausnahme der Nummern 1 Buchstabe a, 3 Buchstabe b und 5 beim VII. Senat, von Steuerpflichtigen mit den Anfangsbuchstaben T bis Z, soweit die Streitsachen in den Kalenderjahren bis 1997 beim Bundesfinanzhof eingegangen sind und soweit nicht (auch) Fragen des BerlinFG streitig sind.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 2 und 4 sowie des § 184 Abs. 2 Nr. 5 FGO.

Ergänzende Regelungen

I. Übergreifende Zuständigkeiten

1. Ist eine Entscheidung zu mehreren Steuern und/oder Steuerfestsetzungen und/oder gesonderten Feststellungen angefochten, welche nach den vorstehenden Regeln in die Zuständigkeit mehrerer Senate fallen, ist zunächst der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Sache mit dem höchsten Streitwert fällt. Sind Schätzungen der Umsätze und der Einkünfte zugleich angegriffen, tritt an Stelle des V. bzw. des XI. Senats zunächst der I., III., IV., VIII., IX., X. oder XI. Senat.
2. Der gemäß Nummer 1 zuständige Senat ist allgemein zuständig für diejenigen Entscheidungen und Verfahrensmaßnahmen, welche aus prozeßrechtlichen Gründen nur einheitlich ergehen können, insbesondere für
 - a) die Verwerfung des Rechtsmittels als unzulässig,
 - b) die Zwischenentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtsmittels,
 - c) die Entscheidung über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumung der Rechtsmittelfrist oder der Revisionsbegründungsfrist,
 - d) aufhebende Urteile gemäß § 119 FGO, sofern die Rüge das Urteil im ganzen erfaßt,

- e) die Entscheidung über die Zulässigkeit der Klage, sofern diese einheitlich erhoben war, sowie im Falle des Artikels 3 § 1 VGGEntlG (ab 1. Januar 1993: § 62 Abs. 3 Satz 3 FGO),
 - f) die Entscheidung über den Antrag auf Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist.
3. Bei der Zuständigkeit gemäß Nummer 1 verbleibt es, wenn zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur solche Rechtsfragen streitig sind, die einheitlich zu entscheiden sind, oder im Fall der Nummer 1 Satz 2 außer der Schätzung keine andere umsatzsteuerliche Rechtsfrage streitig ist, oder zu der nicht in der allgemeinen Zuständigkeit des gemäß Nummer 1 zuständigen Senats liegenden Steuer nur unzulässige Verfahrensrügen erhoben worden sind.
 4. Ist der Rechtsstreit nicht auf Grund einer Entscheidung gemäß der Nummer 2 abgeschlossen und sind die Voraussetzungen übergreifender Zuständigkeit gemäß der Nummer 3 nicht erfüllt, wird durch die Trennung der Verfahren jeweils die Zuständigkeit des nach den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständigen Senats begründet und entfällt die Zuständigkeit gemäß den Nummern 1 und 2.
 5. Für Anträge auf Prozeßkostenhilfe zur künftigen Einlegung eines Rechtsmittels oder vor Begründung der Revision verbleibt es bei der Regelung der Nummer 1. Die Regelung der Nummer 4 greift erst ein, wenn nach Antragstellung die Revision zulässig eingelegt und begründet oder die Beschwerde zulässig eingelegt worden ist und die Verfahren zur Hauptsache getrennt worden sind.
 6. Sind mehrere Entscheidungen angefochten, die denselben Steuerpflichtigen betreffen, sind aber zu den mehreren Steuern oder Steuerfestsetzungen oder gesonderten Feststellungen nur materielle Rechtsfragen streitig, über die bei Zulässigkeit des Rechtsmittels einheitlich entschieden werden muß, ist der in Nummer 1 Satz 1 bezeichnete Senat zuständig. Der gemäß Nummer 1 Satz 2 in Verbindung mit den allgemeinen Regeln der Geschäftsverteilung zuständige Senat ist auch für die Umsatzsteuer zuständig, wenn dem einen angefochtenen Urteil eine Schätzung der Einkünfte, dem anderen eine Schätzung der Umsätze zugrunde liegt, mit beiden Rechtsmitteln die Schätzungen angegriffen wurden und über keine andere umsatzsteuerrechtliche Frage zu entscheiden ist.
 7. Die Zuständigkeit der einzelnen Senate für die ihnen geschäftsverteilungsmäßig zugewiesenen Rechtsgebiete wird nur dann begründet, wenn diese Rechtsgebiete streitig sind.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., III., IV., V., VI., VIII., IX., X. und XI. Senat

1. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des I. Senats gemäß Teil A Nrn. 2 und 3 Buchstabe a bis e und des XI. Senats gemäß Teil A Nr. 1 Buchstabe c besteht bei Streitigkeiten mit mehreren Streitpunkten folgende Zuständigkeitsrangfolge (entsprechend der Reihenfolge):
Betrifft ein Streitpunkt
 - a) die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus gewerblicher Tierzucht oder Tierhaltung, ist der IV. Senat,
 - b) die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, ist der IV. oder XI. Senat,
 - c) die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, ist der I., III., IV., VIII., X. oder XI. Senat,
 - d) die Einkünfte aus Kapitalvermögen oder die Steuerbegünstigung des nicht entnommenen Gewinns, ist der VIII. Senat,
 - e) den Verlustabzug nach § 10d EStG, ist der XI. Senat,
 - f) die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung einschließlich der Übergangsregelungen in § 52 Abs. 21 EStG, die Eigenheimzulage oder den Vorkostenabzug nach § 10i EStG, ist der IX. Senat,
 - g) die sonstigen Einkünfte, die Sonderausgaben gemäß § 10 (mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 7), §§ 10b, 10c EStG, die Abzugsbeträge wie Sonderausgaben gemäß §§ 10e bis 10h EStG, § 7 FördG oder die Steuerermäßigung gemäß §§ 34f, 34g EStG, §§ 16, 17 BerlinFG, ist der X. Senat
 zuständig.

2. Ist streitig, ob Einkünfte oder Ausgaben den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, den Einkünften aus gewerblicher Tierhaltung oder gewerblicher Tierzucht oder den Einkünften aus selbstständiger Arbeit zuzurechnen sind, ist der IV. oder XI. Senat zuständig. Ist die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben bei den anderen Einkunftsarten streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der positiven Sachentscheidung der Vorinstanz. Hat diese über die Art der Einkünfte oder die Art der Ausgaben nicht entschieden, so richtet sich die Zuständigkeit nach der Entscheidung der Behörde.
3. Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach den Zuständigkeitsregelungen für Einkommensteuer bei dem I., III., IV., VI., VIII., IX., X. oder XI. Senat noch nach den vorstehenden Ausnahme- und Abgrenzungsregelungen, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden streitbefangenen Einkünfte fallen.
4. Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der gesonderten Feststellung im Sinne des § 180 Abs. 1 und 2 AO 1977 bzw. bei der Umsatzsteuer eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
 - a) Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
 - b) in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
5. Sofern die Geschäftsverteilung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, gilt folgendes:
 - a) In den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist oder einen Steuererstattungsanspruch abgetreten hat, richtet sich die Zuständigkeit nach dessen Familiennamen/Firmenbezeichnung und dessen Verhältnissen (vgl. Nummer 3).
 - b) Bei Ehegatten, die Doppelnamen führen oder von denen einer einen Doppelnamen führt bzw. die ihren jeweiligen Geburtsnamen nach der Eheschließung beibehalten und keinen gemeinsamen Ehenamen führen, ist grundsätzlich der Name des Ehegatten maßgeblich, der die streitigen Einkünfte erzielt hat, d. h. bei Doppelnamen der erste des Doppelnamens. Haben beide Ehegatten streitige Einkünfte erzielt, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Ehegatten, dessen Anfangsbuchstabe in der Reihenfolge des Alphabets als früherer genannt ist.
6. In Haftungsfällen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Namen des Steuerschuldners, in dessen Person die Steueransprüche entstanden sind.

III. Abgabenordnung 1977 (AO 1977), Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung (FGO)

— einschließlich der jeweiligen Nebengesetze —

1. Die vorstehenden Zuständigkeitsregelungen betreffen auch alle Nebenverfahren, z. B. die Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde und den vorläufigen Rechtsschutz (§§ 69, 114 FGO) und auch solche Verfahren, die sich zwar aus dem Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsgeld gegen nicht erschienene Zeugen).
2. Vorbehaltlich der Zuständigkeit des VII. Senats (Nummer 3 der Zuständigkeit des VII. Senats) entscheiden grundsätzlich die Fachsenate über Fragen der Abgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung. Das gilt auch für Streitsachen über Säumniszuschläge, Verspätungszuschläge, Zinsen und die Streitwertfestsetzung.
3. Streitsachen über die Anordnung und Durchführung einer
 - a) überwiegend Veranlagungssteuern umfassenden Betriebsprüfung bzw. Außenprüfung (§§ 193 ff. AO 1977) entscheidet der zuständige Ertragsteuersenat,
 - b) eine einzelne Steuerart betreffende Prüfung in entsprechender Anwendung der vorstehenden Nummer 2 der für die jeweilige Steuerart zuständige Fachsenat.

IV. Übergangsregelungen

1. Anhängige Streitsachen gehen von dem bisher zuständigen Senat auf den auf Grund der Änderung des Geschäftsverteilungsplans neu zuständig gewordenen Senat in der Verfahrenslage über, in der sie sich befinden. Nach Gerichtsbescheid, Mitteilung nach Artikel 1 Nr. 7 BFHEntlG, mündlicher Verhandlung, Vorlage an den Großen Senat, den Gemeinsamen Senat, das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof tritt keine Änderung der Zuständigkeit mehr ein, es sei denn, der Senat verliert die Zuständigkeit für diesen Rechtsbereich insgesamt.

2. Soweit sich Zuständigkeitsregelungen auf zur Zeit geltende Gesetzesvorschriften beziehen, gelten sie auch für die entsprechenden Vorschriften in früher geltenden Gesetzen, wenn in Streitsachen das frühere Recht maßgebend ist.

V. Anwendung des Geschäftsverteilungsplans
Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Senaten über Fragen der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Widmann

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gosch
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ahmann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Mellinghoff
für die Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Wassermeyer und Dr. Ahmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pezzer
für die Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister und Dr. Gosch

II. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Hofmann

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht
Richter am Bundesfinanzhof Viskorf
Richter am Bundesfinanzhof Kilches

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dötsch
für die Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack und Kilches
Richter am Bundesfinanzhof Wendt
für die Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht und Viskorf

III. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Sunder-Plassmann

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Herden

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Brockmeyer
Richterin am Bundesfinanzhof Kaufmann
Richter am Bundesfinanzhof Steinhauß
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dürr

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Müller-Eiselt
für die Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof Brockmeyer, Kaufmann und Steinhauß
Richter am Bundesfinanzhof Rüsen
für die Richter am Bundesfinanzhof Herden und Dr. Dürr

IV. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Groh

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Freiherr von Schönberg

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Kanzler
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Kempermann
Richter am Bundesfinanzhof Wendt

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gosch
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Freiherr v. Schönberg und Wendt
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gschwendtner
für die Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Kanzler und Dr. Kempermann

V. Senat

Vorsitzender:
Präsident des Bundesfinanzhofs
Prof. Dr. Offerhaus

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Birkenfeld
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwakenberg
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Klenk
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lange

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Kilches
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Schwakenberg und Dr. Lange
Richter am Bundesfinanzhof Hutter
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wagner, Dr. Birkenfeld und Dr. Klenk

VI. Senat

Vorsitzender:
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Mößlang

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gorski
Richter am Bundesfinanzhof Thomas
Richterin am Bundesfinanzhof Völlmeke
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lang

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richterin am Bundesfinanzhof Kaufmann
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanzhof Thomas und Völlmeke
Richter am Bundesfinanzhof Thürmer
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Drenseck, Dr. Gorski und Dr. Lang

VII. Senat

Vorsitzender:
Vizepräsident des Bundesfinanzhofs
Dr. Beermann

Regelmäßiger Vertreter:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein

Weitere Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hohrmann
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Müller-Eiselt
Richter am Bundesfinanzhof Rüsen

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:
Richter am Bundesfinanzhof Fischer L.
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Müller-Eiselt und Rüsen
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ahmann
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Hein und Dr. Hohrmann

VIII. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Herrmann

Regelmäßiger Vertreter:

Richterin am Bundesfinanzhof Ruban

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gschwendtner
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dötsch
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Alber
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wacker

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Steinhilff
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Gschwendtner und Dr. Dötsch
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Christiansen
für die Richterinnen bzw. den Richter am Bundes-
finanzhof Ruban, Dr. Alber und Dr. Wacker

IX. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling

Regelmäßiger Vertreter:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wolff-Diepenbrock

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Spindler
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pezzer
Richter am Bundesfinanzhof Thürmer
Richter am Bundesfinanzhof Mellinghoff

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Viskorf
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wolff-Diepenbrock, Spindler und Dr. Pezzer
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Martin
für die Richter am Bundesfinanzhof
Thürmer und Mellinghoff

X. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Grube

Regelmäßiger Vertreter

Richter am Bundesfinanzhof von Groll

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer P.
Richterin am Bundesfinanzhof Boeker
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Martin
Richter am Bundesfinanzhof Fischer L.

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dürr
für den Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanz-
hof von Groll und Boeker
Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Alber
für die Richter bzw. die Richterin am Bundesfinanz-
hof Dr. Fischer P., Dr. Martin und Fischer L.

XI. Senat

Vorsitzender:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Hellwig

Regelmäßiger Vertreter:

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ebling

Weitere Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weber-Grellet
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Christiansen
Richter am Bundesfinanzhof Hutter

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Lange
für die Richterin bzw. den Richter am Bundesfinanz-
hof Dr. Ebling und Dr. Christiansen
Richter am Bundesfinanzhof Dr. Klenk
für die Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weber-Grellet und Hutter

Großer Senat

Vorsitzender:

Präsident des Bundesfinanzhofs Prof. Dr. Offerhaus

Vertreter:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Groh

Mitglieder und Vertreter:

I. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Widmann

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Wassermeyer

II. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sack

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Albrecht

III. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Sunder-Plassmann

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Herden

IV. Senat: Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Groh

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Kanzler

V. Senat: Präsident des Bundesfinanzhofs
Prof. Dr. Offerhaus

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wagner

VI. Senat: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Drenseck

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Thomas

VII. Senat: Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hein

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Hohmann

VIII. Senat: Richterin am Bundesfinanzhof Ruban

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Gschwendtner

IX. Senat: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Wolff-Diepenbrock

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Spindler

X. Senat: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Fischer P.

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
von Groll

XI. Senat: Richterin am Bundesfinanzhof
Dr. Ebling

Vertreter: Richter am Bundesfinanzhof
Dr. Weber-Grellet

Fallen ein Mitglied und sein Vertreter aus, so tritt ein anderes beisitzendes Mitglied des entsprechenden Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Großen Senat ein.

Anmerkungen

1. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung desjenigen Senats vor, der zuerst in diesem Geschäftsverteilungsplan aufgeführt ist.
2. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§ 21g Abs. 2 GVG).
3. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Vorsitzenden des Senats ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter und ist dadurch der Senat unterbesetzt, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
4. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder desselben Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Ein regelmäßiger Vertreter ist auch dann verhindert, wenn er von dem Senat, in dem er Mitglied ist, gleichzeitig zu einer Sitzung außerhalb des regelmäßigen Sitzungstages beansprucht wird. Im Falle der Verhinderung beider regelmäßiger Vertreter bestimmt der Präsident des Bundesfinanzhofs den dienstjüngsten verfügbaren Richter zum Vertreter.
5. Für den Fall der Verhinderung des Vorsitzenden des Senats und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.

C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes (1997/1998)

I. Mitglieder kraft Gesetzes

1. Der Präsident des Bundesfinanzhofs
2. die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesfinanzhofs

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

Vertreter:

- | | |
|---|--|
| I. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Hofmeister | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Gosch |
| II. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Albrecht | Richter am Bundesfinanzhof Viskorf |
| III. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Herden | Richter am Bundesfinanzhof Brockmeyer |
| IV. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Prof. Dr. Kanzler | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Frhr. von Schönberg |
| V. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Wagner, Dr. Birkenfeld | Richter am Bundesfinanzhof Dr. Schwakenberg, Dr. Klenk |
| VI. Senat: | |
| Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck | Richter am Bundesfinanzhof Thomas |

VII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Hohrmann	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Müller-Eiselt
---	--

VIII. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Geschwendtner	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Dötsch
--	---------------------------------------

IX. Senat

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Pezzer	Richter am Bundesfinanzhof Spindler
---------------------------------------	-------------------------------------

X. Senat:

Richter am Bundesfinanzhof von Groll	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Fischer P.
--------------------------------------	---

XI. Senat:

Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ebling	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Weber-Grellet
---	--

Großer Senat:

Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Widmann	Richterin am Bundesfinanzhof Dr. Ebling
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof Dr. Sunder-Plassmann	Richter am Bundesfinanzhof Dr. Drenseck

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entsendenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats, jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters, in den Gemeinsamen Senat ein.

D: Auflegung des Geschäftsverteilungsplans

Der Geschäftsverteilungsplan liegt in der Präsidialgeschäftsstelle des Bundesfinanzhofs zur Einsichtnahme aus.